

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

N^o 145.

52. Jahrgang.

Sonnabend, den 9. Dezember

1905.

Sonnabend, den 9. Dezember 1905,
mittags 1/1 Uhr

soll zu Eibenstock eine **goldene Herren-Taschenuhr mit Kette** an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Versteigerungsort: **Restaurations „zum Stern“**,
Eibenstock, am 7. Dezember 1905.

Der Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts

Bei der **Wahl für das Stadtverordneten-Kollegium** am 4. Dezember 1905 sind folgende Herren wieder- bez. neugewählt worden:
Wah, Otto Richard, Königl. Oberförster,

Aunz, Karl Richard, Kaufmann,
Löcher, Bernhard,
Maennel, Alban Otto,
Mehnerl, Karl Paul, Stiefmaschinenbesitzer,
Ott, Karl Eduard,
Seidel, Karl Hermann,

Die Gewählten haben die Wahl angenommen.

Einwendungen gegen das Wahlverfahren sind bei deren Verlust binnen 3 Wochen nach der Stimmenausschüttung hier anzubringen.

Stadtrat Eibenstock, den 8. Dezember 1905.

Hesse.

Müller.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Reichstag hat am Mittwoch einen sogenannten großen Tag gehabt. Auf der Tagesordnung stand die erste Lesung des Etats in Verbindung mit der Marinevorlage und der Reichsfinanzreform samt den Steuer-gesetzen. Gleich zu Beginn der Verhandlungen nahm der Reichskanzler Fürst von Bülow das Wort, um die Vorlage über die Reichsfinanzreform in streng sachlicher, von hohem Ernst durchwehrt Rede nach den leitenden Grundgedanken hin zu rechtfertigen und ihre Annahme den Volksvertretern warm ans Herz zu legen. Der Reichskanzler betonte mit allem Nachdruck, daß die der Reichsfinanzreform dienenden Gesetzentwürfe die wichtigste und bedeutsamste Vorlage seien; denn von ihrem Schicksal hänge nach der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen die Wohlfahrt und die Sicherheit, die gedeihliche Entwicklung und die Zukunft des Reiches sowie der verbündeten Einzelstaaten ab. Die Einzelbegründung gab alsdann in mehr als zweistündiger Rede der Staatssekretär des Reichsschatzamtens Freiherr von Stengel. Nach ihm sprach der Abgeordnete Frizen vom Zentrum, der gemäß der Taktik seiner Partei im großen und Ganzen eine zurückhaltende Stellung beobachtete. Die Steuern auf Bier und Tabak gefallen ihm nicht, dagegen möchte er bei der Erbschaftsteuer noch weit über die Vorschläge der Regierung hinausgehen. Schließlich richtete er eine ganze Anzahl konkreter Fragen über die auswärtige Politik an den Reichskanzler, deren Beantwortung diesem Gelegenheit zu einer außerordentlich bedeutsamen Rede gab. Fürst Bülow verhehlte nicht, daß die Lage ernst sei, soweit Frankreich und England in Betracht kommen. Zwar seien gewisse Verstimmungen beseitigt, aber weitere Verstimmungen seien für die Zukunft leider nicht ausgeschlossen, jedenfalls müsse man auf der Hut sein; denn heutzutage müsse, selbst wenn die Regierenden friedfertig gesinnt seien, mit feindseligem Aufstacheln der Volkseifers gerechnet werden. Der Kanzler betonte zum Schlusse die seit der Einigung der deutschen Stämme andauernde Friedensliebe des Deutschen Reiches, die nur Vöswilligkeit anzweifeln könne. Die Rede fand im ganzen Hause mit Ausnahme der Sozialdemokratie andauernden und lebhaften Beifall.

— Berlin, 7. Dezbr. Gouverneur v. Lindequist meldet, daß der Kapitän der Hoachanasser Dottedotten, Manasse nebst 23 Anhängern im Gefecht bei Gubuois gefallen sei. Kapitän Michael von Omaruru und sein Bruder Hugo hätten sich mit acht Begleitern bei der Behörde in Walvischbay gestellt.

— Die Ursachen des Aufstandes in Deutsch-Südwest-Afrika werden in scharfer Weise dargelegt durch einen Bericht, den der Distriktschef von Gobabis über eine Reise nach dem Gebiet am Ngami-See machte. Er traf dort die Häupter der Herero an, mit denen er sich über verschiedene Dinge unterhielt. Da findet sich folgende Bemerkung: „Bei der Beurteilung der Stärke der Deutschen vor dem Kriege war bei den Herero die Ansicht maßgebend, daß wir Deutsche zu schwach seien.“ Diese Ansicht war eine Folge der englischen Einflüsterungen. Ganz systematisch hatten die Briten den Eingeborenen diese Ueberzeugung beigebracht, sie wurde immer und von vielen Seiten wiederholt und dann erschien sie den Leuten als etwas Greifbares. Schon im Jahre 1889, als die Wählerien des englischen Abenteurers Robert Louis den alten Kamaharero zu einem feindseligen Vorgehen veranlaßten, durch welches der Reichskommissar Dr. Goeping zur Flucht nach der Küste getrieben wurde, spielte der Satz die Hauptrolle, daß die Deutschen schwach seien. Dieser Glaube wurde bestärkt, weil die Deutschen dort niemals mit entsprechender Macht auftraten. So war das zu einem Grundsatze erster Klasse geworden, den britische Stimmen stets unterstützten und nährten. Daher konnten die Herero leicht zu einem allgemeinen Aufstande gebracht werden, da sie der Ansicht waren, daß sie mit einem Male die Deutschen übermächtigen könnten und dann nichts zu fürchten hätten, da man die ganze deutsche Macht vernichtet hätte. Alle anderen Ursachen des Kampfes, namentlich die Anklagen gegen die Händler waren dabei nur nebensächlicher Art. Die obige Feststellung durch die Häuptlinge ist daher von Bedeuten-g.

— Die Aufständischen in Deutsch-Ostafrika ziehen sich vor den heranrückenden deutschen Streifkorps zurück, die bereits auf das etwa 80 Kilometer westlich von Morogoro gelegene Kilossa marschieren. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, befindet sich die Hauptmasse der Rebellen jetzt in der Umgebung von Ssongea, dem 100 Kilometer östlich von Nyassa-See gelegenen Hauptort der Nharuli-Landschaft. Der „Berl. Lokalanzeiger“ erhält nachstehenden Kabelbericht aus Dar-es-Salam, 6. Dezember: Die 5. Kompanie unter Oberleutnant Wendland ist in Morogoro eingetroffen. Ein Zug ist unverzüglich auf Kilossa weiter vorgeschoben worden, um das Detachement des Hauptmanns v. Wangenheim für die Expedition nach Mahenge frei zu machen. Die letzten Nachrichten von Ssongea lauten, daß die Situation dort sehr ernst ist. Der Verehrung nach muß Major Johannes dieser Tage in Ssongea eintreffen.

— Rußland. Nach den spärlichen, gegenwärtig allein über Eydtkuhnen möglichen Nachrichten ist die Lage nach wie vor äußerst bedrohlich. Demgegenüber betont ein Regierungs-Communiqué unter dem Hinweis darauf, daß die Regierung unbeugsam entschlossen sei, die am 30. Oktober verheißenen Reformen durchzuführen, die Unmöglichkeit, die Bevölkerung und die Verwaltung mit einem Schläge an die durch das Manifest vom 30. Oktober geschaffenen neuen Verhältnisse zu gewöhnen. Bis die Reformen auf gesetzgeberischem Wege durchgeführt seien, müßten die alten Gesetze in Kraft bleiben, soweit sie nicht durch zeitweilige Bestimmungen ersetzt würden. Gegenwärtig seien fertiggestellt die Entwürfe temporärer Bestimmungen über die Pressefreiheit und das Vereinsrecht. Die Beratungen über die Reform des Reichsrats und über die Erweiterung des Wahlrechts näherten sich dem Ende. Die Wahlen zur Reichs-Duma würden beschleunigt. Gleichzeitig seien Maßnahmen gegen die die öffentliche Sicherheit gefährdenden Ruhestörungen in Angriff genommen. Der Verband für Pressefreiheit erhebt gegen die erwähnte Einführung von zeitweiligen Pressevorschriften Einspruch, weil diese die durch das Manifest vom 30. Oktober gewährte Pressefreiheit entstelle und die Verbeibehaltung der bisherigen administrativen Willkür anstrebe. Der Verband protestiert energisch gegen den Geist des ganzen Planes, der die Präventivzensur für die Zeitungen beibehalte und dem Minister des Innern und anderen Verwaltungs-Beamten das Recht gebe, nach ihrem Ermessen Blätter zu unterdrücken, sowie die Presse des Rechtes freier Kritik der Regierungsangelegenheiten und der Handlungen von Amtspersonen beraube. Der Verband beschloß, falls der Entwurf Gesetzeskraft erhalte, die Pressefreiheit auf den vom Verband beantragte Grundlagel in die Wirklichkeit umzusetzen. Der Chef der Oberpressbehörde Belgard hat den erbetenen Abschied erhalten. Auf dem in Moskau tagenden Gussbesitzer-Kongreß richtete die Mehrzahl der Redner heftige Angriffe auf Witte; er führe Rußland dem Untergang entgegen. Es wurde beantragt, an den Jaren die Witte um Entlassung Bittes zu richten. Der Kongreß beschloß, den Jaren durch eine Adresse um Wiederherstellung der Ordnung und Erziehung der gegenwärtigen Regierung durch eine andere zu bitten, weil die gegenwärtige außerstande sei, die Wirren zu unterdrücken. Hinsichtlich der Agrarfrage wurde eine Resolution gefaßt, daß das Landbedürfnis der Bauern durch Kron- und Kommunal-Ländereien zu befriedigen sei.

— Türkei. Konstantinopel, 7. Dezember. Die „Pforte“ hat gestern an ihre Vertreter bei den Mächten ein Handschreiben gerichtet, worin sie mitteilt, daß sie die Finanzkontrolle mit einigen Abänderungen entsprechend den Landesgesetzen angenommen habe. Die Vertreter wurden angewiesen, das Handschreiben den betreffenden Regierungen mitzuteilen und sie zu ersuchen, daß sie ihre Botschafter beauftragen, die Vorschläge der Pforte gutzuheißen.

— Amerika. In den Vereinigten Staaten ist die Botschaft des Präsidenten Roosevelt an den Kongreß ergangen. In ihrer Einleitung wird hervorgehoben, daß die Vereinigten Staaten sich fortwährend großen Gedeihens erfreuen. Hinsichtlich der Finanzlage heißt es, eine Politik der Sparsamkeit sei ernstlich zu empfehlen, doch nicht am falschen Platze. An der Marine Abstriche zu machen, wäre ein Verbrechen gegen die Nation. In Betreff der Monroe-Doktrin erklärt die Botschaft, die Vereinigten

Staaten hätten keine Annerionsgelüste gegenüber den südlichen Republiken, sondern hätten nur die Wohlfahrt aller im Auge. Schließlich empfiehlt der Präsident dem Kongreß aufs entschiedenste, ohne Verzug eine genügende Summe zu bewilligen, um die laufenden Ausgaben für den Panamakanal zu decken.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 8. Dezember. Vermißt wird seit Montag dieser Woche die 16jährige Ausbesserin Marie Baumgärtl aus Sauerfack in Böhmen. Das Mädchen hat am genannten Tage vormittags die elterliche Wohnung in Sauerfack verlassen, um nachmittags in Eibenstock seine Arbeit wieder aufzunehmen. Bis jetzt ist das Mädchen hier aber nicht eingetroffen, sein Verbleib auch trotz vieler Forschungen nicht zu ermitteln gewesen. Die Annahme, das Mädchen könne sich nach einem andern Orte gependet oder sich selbst ein Leid angetan haben, erscheint nach Angaben von Angehörigen völlig ausgeschlossen. Wahrnehmungen, die zur Ermittlung des Verbleibes der Vermißten führen könnten, wolle man mit Beschleunigung der Polizeibehörde hier oder sonst einer Behörde melden. Das Mädchen ist von mittlerer Statur, kräftig, hat schwarze Augen, dunkelblondes Haar, nicht besonders lebhaftes Gesichtsfarbe, volles Gesicht, trägt einen weißen und einen grauen Unterrock, einen schwarzen Überrock, eine schwarze Jacke, einen blaßroten Schal als Kopfbedeckung, schwarze hohe Schnürschuhe aus Leder, und führte bei sich eine gefaltete Handtasche mit verschiedenen Kleidungsstücken (Unterrocken, Jacken, Schürzen, Strümpfen) Inhalt.

— Schönheit. Die nach der vorläufigen Feststellung bei der diesjährigen Volkszählung 7680 Einwohner in 577 Wohnhäusern und 1690 Haushaltungen. Gegen 1900 (7454) ein Zuwachs von 226 Einwohnern.

— Schönheit. Nach dem Ergebnis der am 1. Dezember stattgefundenen Volkszählung waren hier in Summa 1193 und zwar 567 männliche und 626 weibliche Personen aufgeführt. Am 1. Dezember 1900 waren hier 1104 — 541 männliche und 563 weibliche Personen.

— Dresden, 6. Dezember. Der von der Regierung angeführte Gesetzentwurf über eine veränderte Zusammensetzung der Ersten Kammer wird seine Schatten voraus. In Befolgung des Grundsatzes, welchen schon Minister von Meißel bei der Debatte über die Wahlrechts-Interpellationen aussprach, daß die Regierung nur dann eine Vorlage an die Kammern zu bringen vorziehe, wenn sie auf die Zustimmung der Ständeversammlung mit Bestimmtheit rechnen könne, hat die Regierung in letzter Zeit bei den einzelnen Abgeordneten Fühlung genommen, ob sie insonderheit mit der Vermehrung der Ersten Kammer um 5 Industrielle einverstanden seien. Da nun der Verband Sächsischer Industrieller in Erfahrung gebracht hat, daß die Regierung das Ergebnis zu verzeichnen hat, daß sie auf eine Majorität für diese Verfassungsänderung rechnen kann, so sind Reibungen entstanden zwischen dem Verbands einerseits und den ihm freundlich gesinnten Abgeordneten, welche der national-liberalen Partei zugehören, andererseits aber auch mit denjenigen Abgeordneten (auch unter der konservativen Partei), welche sich auf das Programm des Verbandes Sächsischer Industrieller festgelegt haben. Die Mehrheit der Regierung war zahlenmäßig nicht anders zu erreichen, als daß mehrere dieser Herren ihre Zustimmung zu dem gaben, was die Regierung anbietet, womit aber der Verband Sächsischer Industrieller sich auf keinen Fall einverstanden erklären wird. Daß diese Differenzen schließlich zu einem Abbrücken des Verbandes von den betreffenden Abgeordneten führen, ist nicht ausgeschlossen.

— Dresden, 7. Dezember. Es wird in Kreisen, welche über die Stimmung in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gut orientiert sind, versichert, daß die Führer der Bewegung auf einen Massenstreik hinarbeiten. Man sondiert bereits die Zahl der Gefolgschaft, und eine oberflächliche Heerschau soll ergeben haben, daß mindestens 60 Prozent der Arbeiterschaft zu diesem Schritte, welcher gerade jetzt kurz vor Ablauf der alten Handelsverträge der Industrie doppelt peinlich sein würde, bereit sind. Vorläufig will man jedoch noch die Antwort abwarten, welche Herr Staatsminister von Meißel auf die Interpellation des Genossen Goldstein über die Vorgänge bei den letzten Straßendemonstrationen im Landtage erteilen wird, und da diese — wie